

Bedenken trotz Zwischenerfolgen

Unstete Medienpolitik im Bundeshaus

National- und Ständerat tun sich nach wie vor schwer mit einer Marktöffnung im Medienbereich. Trotz einigen erfreulichen Entscheiden des Nationalrats in der Sommersession muss davon ausgegangen werden, dass die «Service public»-Debatte ohne nennenswerte Resultate enden wird. Namentlich gelang es nicht, einen konstruktiven Gegenvorschlag zur «No Billag»-Initiative zu formulieren. Im Gegenteil: Ein weiterer Ausbau der Regulierungen im Medienbereich sowie neue Subventionen werden diskutiert.

In der Herbstsession wird sich der Nationalrat mit der «No Billag»-Initiative befassen. Der Ständerat hat dieses Begehren bereits zur Ablehnung empfohlen. Die nationalrätliche Kommission konnte sich nicht auf einen Gegenvorschlag einigen. Nicht einmal ein Antrag, welcher Einsparungen im SRG-Budget von rund 10% erzielen wollte, fand eine Mehrheit. Dagegen ist ein Vorschlag von meiner Seite hängig, welcher eine Halbierung der Gebühren fordert. Ob dieser Gegenvorschlag eine Mehrheit auf sich zu vereinigen mag, ist allerdings fraglich.

Diese Vorentscheide sind symptomatisch für die «Service public»-Debatte. Was gross angekündigt worden ist, löste sich bald in Luft auf: Es fand weder eine Grundsatzdiskussion über den Auftrag der SRG statt, noch wurden konkrete Massnahmen zur Deregulierung und zur Marktöffnung im Medienbereich beschlossen.

Im Gegenteil: Die Verwaltung arbeitet bereits an einem neuen «Mediengesetz»,

welches auch Internet-Angebote regulieren und subventionieren will. Dies, obwohl der Bund keine verfassungsmässige Kompetenz für ein solches Gesetz hat. Dass die Verwaltung zwar seit Monaten am erwähnten Gesetz arbeitet, die Öffentlichkeit und das Parlament aber weder über Zielrichtung noch über den Inhalt dieses neuen Regelwerks informieren will, ist beunruhigend.

Die Aktion Medienfreiheit wird die weiteren Arbeiten entsprechend kritisch mitverfolgen. Aus unserer Sicht wäre es richtig, die gesetzlichen Auflagen im Medienbereich zu reduzieren und mehr Raum für Wettbewerb zu schaffen. Bereiche wie das Internet, welche boomen, sollen staatlich nicht weiter reguliert und auf keinen Fall subventioniert werden. Subventionen schaffen Abhängigkeiten – und dies gilt es zu vermeiden.

*Gregor Rutz,
Nationalrat SVP*



Noch mehr Subventionen?

Die Freude der positiven Entscheide des Nationalrats in der Sommersession währt nicht lange – die schweizerische Medienpolitik geht in die falsche Richtung.

Seite 2



Radio: von UKW auf DAB+

Im Zeitalter von DAB+ muss dafür gesorgt werden, dass private Radioprogramme ihre Verbreitung finden.

Seite 3



Rückblick

Die Mitgliederversammlung mit einem Referat von Roger Blum über seine ersten Erfahrungen als SRG Ombudsmann war gut besucht.

Seite 3



Interview

Im Interview erzählt André Sidler von der Gründung seiner Radiostation James FM.

Seite 4

Editorial

Danke für Ihre Unterstützung!



In der Herbstsession debattiert der Nationalrat über die «No Billag»-Initiative. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass diese klar abgelehnt werden wird. Auch der Gegenvorschlag unseres Vorstandskollegen Gregor Rutz für eine Halbierung der Gebühren dürfte keine Chance haben.

Zu stark ist das Lobbying der SRG, zu gross ist die Angst der Politiker, nicht mehr in den SRG-Kanälen vorzukommen, zu schwach sind viele private Medienanbieter. Diese sind den liberalen Kräften im Parlament derzeit keine Hilfe. Die privaten Radio- und Fernsehsender, die heute schon am Gebührentopf hängen, fordern noch mehr staatliche Unterstützung. Die unabhängigen Medienanbieter mögen sich öffentlich kaum kritisch äussern; aus Angst vor Repression aus der Verwaltung.

Wer sich im Parlament für eine liberale Medienpolitik ausspricht, wird als SRG-Gegner beschimpft. Es braucht Kraft, sich für Medienfreiheit zu engagieren. Darum sind wir dankbar für Ihre Unterstützung!

Ich freue mich, Sie an unserer spannenden Herbstveranstaltung vom 22. November zu begrüssen! Wir besuchen das Rechenzentrum der Green Datacenter AG im aargauischen Lupfig.

*Natalie Rickli, Nationalrätin
Präsidentin Aktion Medienfreiheit*

Fehlgeleitete Medienpolitik

Mehr Subventionen und weniger Freiheit im Medienbereich?

Obwohl der Nationalrat in der Sommersession einige erfreuliche Entscheide getroffen hat, bleibt die Feststellung: Die schweizerische Medienpolitik geht in die falsche Richtung.

Der Bundesgerichtsentscheid vom April 2015 warf hohe Wellen: Auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen darf keine Mehrwertsteuer mehr erhoben werden. In einem weiteren Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Februar 2017 wurde bekräftigt, dass die Mehrwertsteuer an den betreffenden Kläger zurückbezahlt werden muss. Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) hat gegen dieses Urteil beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht. Gegen 4'500 Gesuche um Rückerstattung bis 2005 sind derzeit bei der Billag sistiert.

Nach diesen Gerichtsurteilen wurde auch die zuständige Kommission des Nationalrats tätig. Deren Forderung, die Rückerstattung der zu Unrecht erhobenen Mehrwertsteuer an die Konsumenten zu bewerkstelligen, wurde in der Sommersession gutgeheissen. Bereits im Mai hat der Nationalrat eine Motion von Sylvia Flückiger überwiesen, welche eine gesetzliche Grundlage zur Rückerstattung besagter Mehrwertsteuern forderte.

Mit der Überweisung der Vorstösse will der Nationalrat verhindern, dass sich alle Gebührenzahlenden einzeln an die Justiz wenden müssen. Rückwirkend auf die letzten fünf Jahre soll die Mehrwertsteuer den Gebührenzahlern rückerstattet werden. Im nächsten Schritt befasst sich der Ständerat mit den beiden Vorstössen.

SRG soll sich auf Konzession konzentrieren

Erfreulich ist auch die Abstimmung über eine Parlamentarische Initiative von Gregor Rutz, welche die Voraussetzungen für die Bewilligung nichtkonzessionierter Tätigkeiten der SRG klären will.

Die Digitalisierung und die technologischen Entwicklungen haben die Medienlandschaft nachhaltig verändert. Obwohl immer mehr Marktangebote bestehen, nehmen staatliche Interventionen auch im Onlinebereich stetig zu. Auch das Online-Angebot der SRG wird immer grösser. Die SRG dringt in immer mehr Marktbereiche vor, welche vom Konzessionsauftrag nicht erfasst sind. Dies ist falsch: Die SRG soll sich primär auf ihren Konzessionsauftrag konzentrieren, denn dafür werden auch Gebühren erhoben. Die Initiative forderte eine dahingehende Ergänzung von Art. 29 RTVG, dass nichtkonzessionierte Tätigkeiten nur bewilligt werden, wenn dafür eine zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeit besteht und ausschliesslich Geschäftsfelder betroffen sind, in welchen nicht bereits private Anbieter tätig sind.

Die Freude über die Zustimmung zur Initiative Rutz währte nicht lange: Schon an der Sitzung vom 23. Juni lehnte die ständerätliche Medienkommission die Initiative ein weiteres Mal ab. Der Ständerat wird in der Herbstsession über den Vorstoss befinden.

Nationalrat für Werbeverbote

Enttäuscht ist die Aktion Medienfreiheit über das Abstimmungsergebnis zur Parlamentarischen Initiative von Thomas Matter (15.482). Matter regte an, dass es privaten Rundfunkanbietern – analog zu Internetangeboten – erlaubt sein soll, politische und religiöse Werbung auszustrahlen. Der Nationalrat war mehrheitlich anderer Auffassung: Eine Gleichstellung privater Rundfunkanbieter mit privaten Online-Angeboten wurde abgelehnt.

*Thomas Müller,
Nationalrat SVP*

Umzug der analogen UKW auf DAB+

Für eine neue Radiowelt (DAB+) mit gleich langen Spiesen

Es geht vorwärts mit dem Umzug der Radiowelt von analogen UKW auf DAB+. Das ist erfreulich, dennoch muss der Umzug reibungslos erfolgen können und ohne, dass einzelne Privatradios auf der Strecke bleiben.

DAB+ nutzt eigentlich eine alte Technologie zur Übertragung, nämlich das VHF-Band III (174–230 MHz). Darüber wurden früher u.a. analoge Schwarz-Weiss Fernsehkanäle gesendet. DAB+, der hinsichtlich Audiokomprimierung bessere Nachfolger von DAB, wird dann auf Layern durch diese Technologie digital verbreitet. Auf einem Layer finden 18 Radioprogramme Platz. Mit DAB+ lassen sich zusätzlich programmbegleitende Informationen, wie Verkehrsdaten, Wetterkarten, Titel und Interpret, Albumcover oder die aktuellen Nachrichtenschlagzeilen übermitteln. All diese Zusatzpakete lasten die Übertragungsleistungen weiter aus. Genau hier entsteht ein Flaschenhals. Wenn pro Layer eine endlich Anzahl Programme verbreitet werden können, die SRG ihren eigenen Layer garantiert hat und die regionalen Layer ausgebucht sind, stellt sich die Frage, wer in dieser knappen Sendeplatzverfügbarkeit zum Zug kommt und wer nicht.

Rechtsunsicherheit für Privatradios ohne Gebührenanteile

In einer neuen Verordnung werden diesbezüglich ungleich lange Spiesse verteilt. Nur noch die Radios mit Billag-Gebührenanteil

haben ein «gesetzliches Zugangsrecht auf die DAB+ Plattformen». Deren Veranstalterkonzession berechtigt diese zum Zugang. Was passiert mit den anderen Privatradios ohne Gebührenanteil und ohne Konzession? Sie drohen beim Umzug vergessen zu gehen. Das BAKOM ist zwar willig, allen Radiosendern einen Platz einzuräumen. Nur sind die Betreiber, welche die Rundfunknetze betreiben, lediglich an die Vorgaben in der Verordnung gebunden. Und diese sind schwammig und schüren erhebliche Rechtsunsicherheit. Das BAKOM schreibt im Bericht zur Verordnung: «Als unverzichtbarer Teil der schweizerischen Radiolandschaft sollen bisherige UKW-Radioveranstalter, welche nach 2019 von der Veranstalterkonzessionspflicht befreit werden, ebenfalls einen stabilen, dauerhaften Platz auf den DAB+-Plattformen erhalten. Dies wird mangels Veranstalterkonzession nicht mehr über direkte Zugangsrechte geschehen, sondern über entsprechende Auflagen an die Adresse der Plattformbetreiber (Funkkonzessionäre)». Eine Präzisierung der entsprechenden Bestimmungen ist nötig.

Zweiklassengesellschaft bei Verteilung der DAB+Layer verhindern

Weder die konkreten Auflagen, noch die Konsequenzen sind bekannt. Das schafft eine Zweiklassengesellschaft unter den privaten Radiobetreibern. Alle Radiosender müssen gleich lange Spiesse haben und nicht durch irgendwelche Einzelinteressen gegeneinander ausgespielt werden. Wer Medienvielfalt will muss dafür sorgen, dass private Radioprogramme auch im Zeitalter von DAB+ alle ihre Verbreitung finden.

*Christian Wasserfallen,
Nationalrat FDP*



Rückblick

Mitglieder- versammlung 2017

Natalie Rickli durfte als Präsidentin der Aktion Medienfreiheit an der Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2017 zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüssen. Im offiziellen Teil wurde die Rechnung und der Jahresbericht 2016 genehmigt, das Budget 2017 verabschiedet und die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt.



Nationalrat Gregor Rutz, Roger Blum, Nationalrätin Natalie Rickli, Andri Silberschmidt

Im Anschluss referierte Roger Blum über seine ersten Erfahrungen als Ombudsmann der SRG Deutschschweiz. Er zeigte die historische Entwicklung der Beschwerdeinstanzen in der Schweiz auf und unterstrich in seinem Referat, dass diese Institutionen von bürgerlichen Politikern ins Leben gerufen wurden. Diese wollten damit eine ausgewogene Berichterstattung sicherstellen. Dass heute jeder Bürger die Möglichkeit hat, in einem einfachen, kostenlosen und raschen Verfahren seine Beschwerden über journalistische Beiträge zu deponieren, sei für alle Seiten bereichernd. So sollte sichergestellt werden, dass Journalisten sachgerecht und mit der nötigen Sorgfalt relevante Informationen zur Meinungsbildung vermitteln. Auf verschiedene Fragen aus dem Publikum hielt Roger Blum fest, dass die SRG zu Recht kritisch im Visier ist, da sie mächtig und öffentlich-finanziert ist sowie einen «Service public»-Auftrag zu erfüllen hat. Beim anschliessenden Apéro wurde interessiert weiter diskutiert.

Interview

André Sidler (Radio James FM)



Was hat Sie dazu bewogen, einen eigenen Radiosender zu gründen? Wie unterscheiden Sie sich von den bereits zahlreich bestehenden Radiosendern?

Es gibt viele Radiostationen, ob lokal oder national, die rundum perfekt informieren und auch viel Spiel und Spass bieten. Zudem gibt es auf relativ kleinem Platz sehr viele Radios. Die Schweiz wäre also bereits gut abgedeckt.

Mit James FM wollten wir etwas Neues schaffen. Wir haben ein Schweizer Musikradio aufgebaut, welches durch einen ausgewogenen Musikmix mit melodiosen Hits von gestern und heute begeistert. Kein Blabla, keine Spiele, dafür ein mit Leidenschaft zusammengestelltes abwechslungsreiches Musikprogramm, ergänzt mit Informationen zu Tages- und Uhrzeiten. Der «Butler James» begleitet stimmungsvoll durch den Tag und bringt «good times only».

Welches Ziel verfolgen Sie mit ihrem Radiosender?

Mit James FM möchten wir unseren Hörerinnen und Hörern ein vielfältiges und abwechslungsreiches Musikprogramm bieten, welches die Hits von gestern und heute zu einem stimmigen Ganzen verbindet. James FM ist der ideale Begleiter durch den Tag. Er ist da, dezent im Hintergrund und doch hat man das Gefühl, dass man bei jedem Song mitsingen kann und good times only hat.

Siehe dazu auch unser Video «500 KM Autobahn - 1 Radiostation» auf unserer Homepage (www.jamesfm.ch).

Was ist Ihr Zielpublikum und wie erreicht Ihr Sender seine Hörer?

James FM richtet sich an ein erwachsenes Publikum ab 40 Jahren in der deutschsprachigen Schweiz. Zu empfangen sind wir in der ganzen Schweiz auf allen streamingfähigen Geräten, über SwisscomTV, den digitalen Kabelnetzen von UPC und Quickline, über unsere Website, die kostenlose James FM- App und zahlreiche Radio Apps wie Tuneln oder Radioline. In der Zentralschweiz sendet James FM auch auf DAB+.

Angesichts des technologischen Wandels und der ungewissen Zukunft in dieser Branche, was können private Radiosender wie James FM in der Schweizer Medienwelt bewirken?

Die Radiolandschaft wird sich meines Erachtens in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Mit neuen Technologien wie DAB+ und IP, aber auch den veränderten Rahmenbedingungen, dürfte die Branche einen Umbruch erleben. Neue Sender und Formate wie James FM bereichern die Radiolandschaft und leisten einen Beitrag zur Medienvielfalt.

Ist das Angebot von James FM mit dem Programm der SRG-Spartensender vergleichbar?

Die Programme unterscheiden sich inhaltlich, strukturell und emotional sehr voneinander. Wir positionieren uns als unabhängigen Musiksender mit einem breiten Musikmix, leichter Moderation und stündlichen Zeitansagen. Wenn Radio Swiss Pop als «Service public» gilt, müsste James FM dies eigentlich auch. Wir bestreiten unser Programm allerdings ohne Gebührengelder.

Wie wird ihr Radiosender finanziert?

Wir verzichten auf Werbespots und finanzieren den Sendebetrieb durch Programm-Sponsorings. Jede Stunde wird von

einem Sponsor präsentiert. Wir bieten so Werbetreibenden eine exklusive Präsenz in einem hochwertigen Umfeld. Die Preise für die Stunden-Sponsorings sind moderat und erlauben eine hohe Frequenz und eine tägliche Präsenz über mindestens einen Monat.

Welchen Ratschlag würden Sie Politikern für eine liberale Medienwelt mit auf den Weg geben?

Es steht mir nicht zu, Ratschläge zu geben. Viel mehr freue ich mich über jede Unterstützung aus der Politik, die zu einer liberalen Medienwelt in der Schweiz führt und so auch Start-ups wie James FM eine Möglichkeit gibt, sich im Markt zu etablieren.

Über André Sidler

Der gelernte Betriebswirt und Marketeer André Sidler hat zusammen mit seinen Mitgründern seinen Traum verwirklicht. Am 1. Februar 2016 ging er mit seiner Radiostation James FM erstmals auf Sendung. James FM ist ein unabhängiger Premium Musiksender und bietet ein abwechslungsreiches Musikprogramm. Der Radiosender ist auf jedem streamingfähigen Gerät, auf Cable, Swisscom TV und in der Zentralschweiz auf DAB+ zu empfangen.

www.jamesfm.ch

Agenda & Impressum

22. November 2017

Herbstanlass bei Green Datacenter AG in Lupfig

15. Mai 2018

Mitgliederversammlung in Zürich

Nächste Vorstandssitzungen

13. September 2017

29. November 2017

Aktion Medienfreiheit

Postfach 470, 8702 Zollikon

info@medienfreiheit.ch, www.medienfreiheit.ch

Telefon 043 499 40 31